

Pressemitteilung

Bildungspolitik hat keine Sommerpause: Digitalisierung

Dresden, 4. August 2023. Anlässlich der Sommerpause erinnert der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) in dieser PM-Reihe an einige bildungspolitische Themen, die abseits der Tagespolitik eine wichtige Rolle für das Schulsystem spielen sollten.

Für die Schule der Zukunft ist Digitalisierung elementar. Sie beeinflusst die Arbeitswelt und den Alltag, sie muss auch in der Schule ankommen. Die moderne Schule wird nicht mehr nur mit K-reidetafel und Polylux auskommen.

Schulen benötigen eine moderne Hardware und schnelles Internet. Die Infrastruktur muss dafür geeignet sein, dass alle Schüler*innen sie mit ihrem eigenen Gerät nutzen können. Ein optionales bring your own device ist die sinnvollste Art, die Frage der Endgeräte zu klären: Jede*e soll ein eigenes Gerät nutzen können, Schüler*innen sollen gleichzeitig die Option haben, ohne große Umstände ein Leihgerät von der Schule zu erhalten.

Zentrale Herausforderung bei der Ausstattung ist, den Stand an allen Schulen vergleichbar zu halten. Herrschen überall komplett unterschiedliche Voraussetzungen, erzeugt dies unfaire Bildungsbedingungen. »Wie digital eine Schule unterwegs ist und welche Technik sie nutzt, entscheidet schon heute über die Qualität des Unterrichts. Dabei geht es zum einen darum, ob man modern ausgestattet ist, aber auch darum, welche Geräte und welche Software man nutzt«, sagt Lilly HÄRTIG, Vorsitzende des LandesSchülerRat. »Es benötigt einen sachsenweiten Digitalstandard für alle Schulen in Sachsen. Dieser darf dabei nicht nur eine Empfehlung für die Träger sein, sondern muss zur gesetzlichen Pflicht werden. Es geht um Mindestanforderungen, die jede Schule erfüllen muss, aber auch um klare Vorgaben für bestimmte Standardprogramme«, so Lilly HÄRTIG, und ergänzt: »Zudem muss die Finanzierung langfristig geklärt sein. Die Digitalisierung darf nicht am Geld scheitern. Es ist deswegen überfällig, eine Nachfolge für den bald auslaufenden Digitalpakt zu finden«.

Digitalisierung hört allerdings bei bloßer Bereitstellung von Materialien nicht auf. Um die neu geschaffenen Möglichkeiten auch umsetzen zu können, müssen neue Unterrichtskonzepte folgen. Dafür müssen Lehrkräfte aus- und fortgebildet werden, es braucht kompetente Lehrkräfte, welche mit der Technik vertraut sind und sich offen für Neues zeigen. Eine Fortbildungspflicht für Lehrkräfte und ein Digitalcheck, in dem Lehrkräfte nachweisen, dass sie guten digital unterstützen Unterricht leisten können, sind hierfür sinnvolle Maßnahmen. Aber auch die Universitäten müssen einen Beitrag leisten - mit der Entwicklung neuer Unterrichtsformate und mit begleitender Forschung zu Wirkung und Unterrichtserfolgen. Um Schüler*innen zu Themen wie Fake News, Hassrede und Populismus im Netz aufzuklären, braucht es zudem eine ausreichende Medienbildung, die als Querschnittsaufgabe aller Fächer auch Aufgabe aller Lehrkräfte sein muss.